

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Oktober 2018



«... fürs Läbe!»

PETITION

Die Folgen einer Abtreibung thematisieren: Eine Bittschrift fordert den Bundesrat zum Handeln auf.

Seite 2

MONATSINTERVIEW

«Allerseelen» und «Totensonntag» erinnern an die Endlichkeit irdischen Lebens. Wie gehen wir damit um?

Seiten 8–9

KANTON ZÜRICH

- «Mehr Geld für Familien» ist lanciert
- Kantonsrat Peter Häni deckt Mängel bei Gefängnisumbau auf
- Thomas Lamprecht persönlich

KANTONALTEIL

Petition <<Abtreibungsfolgen öffentlich machen! >>



Der Schweizerische Bundesrat wird gebeten:

- ... sich ein umfassendes, **wissenschaftlich gestütztes Bild** über die gesundheitlichen Folgen von Abtreibungen zu verschaffen (Rezeption bestehender Studien; neue Studien durch das Nationale Forschungsprogramm).
- ... in Folge bei den kantonalen Behörden darauf hinzuwirken, dass im **Unterricht** an Schulen und Universitäten über die schmerzlichen Folgen von Abtreibungen informiert wird.
- ... sich bei den kantonalen Behörden dafür einzusetzen, dass **Beratungsstellen**, gynäkologische Arztpraxen und Spitäler wieder als oberstes Ziel verfolgen, schwangere Mütter für ein gemeinsames Leben mit dem Kind zu bewegen. Zusätzlich sind die hohen Risiken einer Abtreibung klar und umfassend zu benennen.
- ... die **öffentliche Diskussion** des Themas Abtreibung in den Medien proaktiv zu beeinflussen, damit die Abtreibungsfolgen nicht mehr bagatellisiert werden und dem Leben des ungeborenen Kindes wieder oberste Priorität zukommen kann.

Diese Petition kann von allen Personen unabhängig von Alter und Nationalität unterschrieben werden! Ganz oder teilweise ausgefüllte Bogen sind bis zum **15. Dezember 2018** zurückzusenden.

Name	Vorname	Strasse	PLZ	Ort

Ihre Adresse wird von uns weder wiederverwendet noch weitergegeben. Wer über Aktivitäten des «Marsch fürs Läbe» informiert werden möchte oder neue Petitionsbogen bestellen will, soll sich bitte melden:

info@marschfuerslaebe.ch - Marsch fürs Läbe, Postfach 155, 8046 Zürich

Diese Petition wird durch Spenden ermöglicht. Wir sind dankbar, wenn Sie einen Teil der Kosten übernehmen. Bankverbindung: **Raiffeisenbank, 8001 Zürich. CH46 8148 7000 0408 7090 5. Begünstigter: Marsch fürs Läbe, Kornamtsweg 8, 8046 Zürich**

Start der Petition anlässlich des
«9. Marsch fürs Läbe» vom
15. Sept. 2018, Bundesplatz, Bern



Marsch fürs Läbe
Postfach 155
8046 Zürich



Äpfel, Wein und Nebel



Liebe Leserin, lieber Leser

Was schenkt man Menschen, die schon fast alles haben? Versuchen Sie es doch mit einer Apfelpatenschaft! Das Geschenk meiner Frau ist originell und nachhaltig: Die gedörrten Apfelschnitze werden ihrerseits prima Geschenke abgeben. Wird der September in altdeutschen Kalendern als Holzmonat bezeichnet, gelten der Oktober als Weinmonat und der November als Neblung. Schauen wir in die Neuzeit, so klafft derzeit ein (Sommer-)Loch in der EDU-Kasse und ist's den Verantwortlichen im Oktober fast ein wenig «zum Weinen» zumute. Vielleicht lichtet sich der Nebel in finanzieller Hinsicht wieder?

Umso mehr: Ein herzliches Dankeschön an unsere Inserenten und alle Spenderinnen und Spender. Und wie immer: viel Freude und Segen bei der Lektüre!

Thomas Feuz, Redaktionsleiter

PRO & KONTRA

Soll man als gläubiger Christ Ferien in islamischen Ländern machen?

Pro



Harold Salzmänn,
Sekretär EDU Schweiz, Mitglied Schweiz. Traktatmission

Meiner Meinung nach spielt die Motivation eine wichtige Rolle. Was zieht mich in ein islamisches Land? Geht es um ein Last-Minute-Angebot? Schau ich nur auf mein Vergnügen und blende die Problematik von Christenverfolgungen in vielen dieser Länder bewusst aus? Oder lasse ich mich führen, sehe sogar einen Auftrag in einer solchen Reise? Eine geführte Reise mit Tiefgang kann ich nur begrüssen, denn hier wird in der Regel auf die Sitten und Gepflogenheiten des jeweiligen Gastlandes Rücksicht genommen. Viele islamische Länder sind vom Tourismus abhängig. Diese Türe kann eine Chance sein, um mit Einheimischen in Kontakt zu kommen. Als Feriengast profitiere ich in der Regel mehr, als dass ich geben kann. Ich persönlich gebe mit dem Trinkgeld oft auch ein Traktat ab.

Wer sich gut auf eine Reise in ein islamisches Land vorbereitet, wird die Menschen umso besser verstehen und sich nicht ungebührend, abstossend oder gar provozierend verhalten, so hoffe ich doch.

Auch einige Nachbarländer von Israel haben aus christlicher Sicht eine spannende Vergangenheit und bieten viele kulturelle Schauplätze an. Reisen wir also ruhig in diese Länder, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet. Und versuchen wir einen Weg zu finden, um als Tourist und Christ Begegnungen mit diesen Menschen zu wagen! •



Kontra

Marlise Bornhauser,
Kantonsrätin EDU Kanton Thurgau, Weinfelden

Warum soll ich ein Land unterstützen, in welchem grundlegende Menschenrechte nicht eingehalten werden?

Ferien in beliebten Reisedestinationen wie Türkei oder Ägypten sind für mich bereits fragwürdig. Auch in diesen Ländern werden einheimische Christen benachteiligt und teilweise verfolgt. Ehemalige Muslime fürchten um ihr Leben, weil sie Christen wurden.

Viele Feriendestinationen in islamischen Ländern sind touristisch attraktiv und wunderschön gelegen, paradiesisch. Da entsteht ein innerer Kampf: Vernunft – Herz – Wunsch – Sehnsucht. Doch ist uns bewusst, dass das reizvolle Taucherparadies Malediven ein Scharia-Staat ist? Verblendet von den einladenden Luxusressorts stecken viele locker weg, was dort geschieht.

Ferien machen heisst für mich: Erholung, Land und Leute geniessen, etwas unternehmen. Das gelingt mir in einem islamisch geprägten Land nicht. Habe ich einen Auftrag, meine Ferien bewusst dort zu verbringen? Eher nicht. In der Schweiz habe ich mehr als genug Möglichkeiten, meine Zeit mit Anders- oder Nichtgläubigen zu verbringen.

Nach einer längeren Auseinandersetzung mit dem Islam ist es für mich ganz klar: Hände weg von Ferien in Ländern mit islamischer Prägung. Ich liebe die Menschen, bin aber nicht bereit, ein islamisches Regime zu unterstützen. •



«Die Folgen einer Abtreibung ins Bewusstsein bringen»

Etwa 1500 Personen versammelten sich am 15. September unter starkem Polizeischutz auf dem Bundesplatz, um das Thema der Leiden nach Abtreibungen an die Öffentlichkeit zu tragen. Zeugnisse betroffener Frauen und die Lancierung einer Petition an den Bundesrat bildeten zwei Schwerpunkte des Anlasses.



David Gysel, OK-Mitglied «Marsch fürs Läbe»

Unzählige Frauen und Männer schleppen in ihrem Leben schmerzhaftes Spuren einer Abtreibung mit sich – und können weder trauern noch darüber sprechen. Der 9. Marsch fürs Läbe machte mit persönlichen Zeugnissen einerseits auf die Schwere der Leiden aufmerksam, ermutigte aber gleichzeitig zu Wegen der Vergebung und Heilung durch Gottes Liebe. Mit der Aufforderung an den Bundesrat, die Leiden nach Abtreibungen ernst zu nehmen und auf eine geänderte Beratungspraxis und Bildung zu diesem Thema hinzuwirken, wurde die Petition «Abtreibungsfolgen öffentlich machen» lanciert. Die Sammelfrist läuft bis am 15. Dezember. Beachten Sie den Unterschriftenbogen auf Seite 2!

«Durch die Hölle gegangen»

Nach einem per Video-Clip eingespielten Zeugnis sprach Erika Wick, Gründerin der Beratungsstelle «Endlich wieder leben!» für sich und viele andere auf der Bühne: «Als ich damals mein Kind hatte abtreiben lassen, dachte ich, ich könnte für den Rest meines Lebens nicht

mehr froh werden. In den nachfolgenden sechs Jahren verlief mein Leben in etwa so, wie ich es heute als «durch die Hölle gehen» bezeichnen würde.» Als Wick Jesus Christus persönlich kennenlernte, fand sie Heilung und Befreiung aus ihrer inneren Gefangenschaft und Schuld. Andere ebenso zu dieser neuen Freiheit zu führen, erlebt sie jetzt als Berufung und Aufgabe.

Vertrauensvolle Beziehungen verhindern Abtreibungen

Nationalrätin Andrea Geissbühler setzte die Abtreibungsproblematik in den Kontext des verantwortlichen Umgangs mit der Sexualität. Stabile und vertrauensvolle Beziehungen würden die Abtreibungsraten senken. «Es kann nicht sein, dass in der heutigen aufgeklärten Zeit Tausende von Babys abgetrieben werden. Die Sinnleere in unserer Gesellschaft, die lebenslangen Depressionen und seelischen Schäden der Betroffenen nach erfolgten Abtreibungen, aber auch die Verluste an wertvollen Menschenleben könnten damit minimiert werden.»



Unterschiedliches Verständnis des Rechtsstaats

Während den Organisatoren des Marsch fürs Läbe von den Behörden auferlegt wurde, sich aus Sicherheitsgründen auf die Platzkundgebung auf dem Bundesplatz zu beschränken, marschierten die Gegendemonstranten trotz Verbot durch weite Teile der Stadt. Dass die Polizei zur Deeskalation diese Gegendemonstration nicht verhinderte, ist einerseits verständlich. Insgesamt wirft die Situation aber doch Fragen zu unserem Rechtsstaat auf. Die Organisatoren des Marsch fürs Läbe waren sehr dankbar für die Zusammenarbeit mit den Behörden und den Polizeischutz der friedlichen Versammlung auf dem Bundesplatz. Die Schweiz steht aber vor der Herausforderung, wie die freie Meinungsäußerung in rechtsstaatlichen Bahnen garantiert werden kann. •



Talon

ABONNEMENT

Ich abonniere den Standpunkt für CHF 30.- (11 Nummern).

PROBENUMMERN

Senden Sie mir / der folgenden Person Probenummern:

Vorname und Name

Strasse

PLZ / Ort

E-Mail

Datum

Bemerkungen

Talon einsenden an: **EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun**

Wie gut ist unser Steuersystem?

In der Herbstsession hat das Parlament unter anderem über das Steuerpaket 2017 mit der Unternehmenssteuerreform III und dem sogenannten AHV-Zückerchen beraten. Eine persönliche Einschätzung.



Markus Wäfler, a. Nationalrat EDU, Steinmaur ZH

Die Schweiz hat ein gutes föderalistisches und demokratisches Steuersystem. Der Staat vertraut seinen Bürgern grundsätzlich und lässt sie selber die Steuererklärung ausfüllen. Mit dem Wahlzettel kann indirekt auf die Besteuerung Einfluss genommen werden, wie auch mit der Unterstützung von entsprechenden Referenden an der Urne. Diese Form der Mitbestimmung ist einzigartig. Sympathisch ist auch ein kluges System von Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen, kombiniert mit einem fairen Finanzausgleichssystem zwischen «reichen» und «armen» Gemeinwesen.

Mit eigener Steuerhoheit

In den Mainstream-Medien wird Steuerwettbewerb kritisiert, legale Steueroptimierung als asozial gebrandmarkt und die Schweiz international in den Topf der «Steuerparadiese» geworfen. Viel wirksamer wäre allerdings die Bekämpfung der Steuerhöhlen. Aufgrund ihrer verantwortungslosen Schuldenpolitik haben hochverschuldete Staaten einen unstillbaren Hunger nach dem Portemonnaie ihrer Bürger entwickelt. Einkommenssteuersätze von teils über 30 Prozent sind als staatlich legalisierter Diebstahl am Bürger zu bezeichnen.

In unserem Land haben alle drei Staatsebenen von Gemeinden, Kantonen und Bund eigene Steuerhoheiten. Bei den juristischen Personen (Firmen) besteht auch international ein «Wettbewerb». Ob eine Firma über 30 % des Gewinns oder nur etwa 12 % wie im Kanton Zug abliefern

muss, ist ein Unterschied. US-Präsident Trump hat die Firmenbesteuerung im Hauruck-Verfahren unter die 20-%-Marke reduziert, was Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Staatshaushalt hat.

Unternehmenssteuerreform III, Lockvögel und «Zückerchen»

Die Schweiz hatte bisher bei der Firmenbesteuerung kantonale Sonderregelungen, welche berechtigterweise angeprangert werden und korrigiert werden müssen. Meine persönliche Ansicht: Die Sonderregelungen müssen gestrichen werden und als Ersatz müssen die kantonalen Firmenbesteuerungen reduziert werden. Die Einnahmehausfälle könnten durch eine Korrektur bei der sogenannten Dividendenbesteuerung kompensiert werden. Diese wurde bei der Unternehmenssteuerreform II in unzulässiger Weise reduziert. Es ist nicht begründbar, weshalb Einkommen aus Dividenden nur teilweise oder gar nicht besteuert wird und Einkommen aus Erwerb oder Rente zu 100 %, wie es bürgerliche Befürworter vertreten. Eine generelle Reduktion der Gewinnsteuersätze kommt allen Unternehmen zugute. Lockvogel-Sonderregelungen für die Ansiedlung von neuen Firmen sind prinzipiell fragwürdig. Der Beschluss des Parlaments betreffend das AHV-Zückerchen bedeutet ein vorübergehendes Finanzpflasterli, welches den Leidensdruck für die dringend nötige 11. AHV-Revision lindert und es dem Parlament gestattet, das unbequeme Geschäft auf die lange Bank zu schieben. Deshalb ist dieser sogenannte Kompromiss aus meiner Sicht faul und ein finanzpolitischer Selbstbetrug. •



Stimmt Ihre Adresse noch?
Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Änderungen rechtzeitig mit: Telefon 033 222 36 37, info@edu-schweiz.ch

Danke!

Der Lehrplan 21 verursacht Kopfschmerzen

Viele Schulen finden kein Lehrpersonal mehr. Gemäss Studien wird sich dies in Zukunft noch verschärfen. Die Kantone ergreifen alle möglichen Massnahmen – etwa, dass Lehrkräfte mehr als 100 Prozent arbeiten könnten.



Markus Reichenbach, Präsident EDU Biel-Seeland, Ing. FH

Lehrermangel hat es schon früher immer wieder gegeben. Trotzdem ist die Frage berechtigt: Ist nicht auch der Lehrplan 21 schuld daran? Dieser fordert immer mehr von den Lehrkräften. Gemäss jährlicher Umfrage des nationalen Schulleiterverbands (VSLCH) bildet die Umsetzung des Lehrplans 21 die aktuell grösste Herausforderung. Dieser bereitet nach dem damaligen Kopfschütteln zunehmend Kopfschmerzen.

363 Kompetenzen – 1 Tohuwabohu?

Zahlreiche Fachleute brüteten seit Jahren über dem heute 470 Seiten dicken Werk mit 363 Kompetenzen, unterteilt in 2304 Kompetenzstufen. Dieses administrative Monster verhindert sicherlich nicht den Lehrermangel. Immerhin wurde der Lehrplan 21 gegenüber dem ersten Entwurf um fast die Hälfte abgespeckt...

Es scheint, dass man mit der Idee von «Harmos» übers Ziel hinausschoss. Statt kantonale Unterschiede abzuschaffen, wurde eine Kulturrevolution im Kleinen geschaffen. Der Unmut über Missstände nimmt zu.

Es klingt ja grossartig, den Kindern «Kompetenzen» beizubringen. Und es legt den (Trug-)Schluss nahe, als hätte man früher keine Kompetenzen vermittelt. Das trifft mit Sicherheit nicht zu.

Tragende Werte bleiben

Was Kinder und Jugendliche eigentlich bräuchten, sind Grundkompetenzen wie Anstand, Bescheidenheit, Demut, Ehrfurcht. Eben die Tugenden, die im christlichen Abendland während Jahrhunderten vermittelt wurden. Und Kinder

brauchen Werte, die in den Familien eingeübt wurden. Der Lehrplan 21 reagiert auf die schwindenden Grundkompetenzen. Ob er dies aber mit einem solchen administrativen Monster erreichen kann, bleibt höchst fragwürdig. Sollten wir nicht darüber nachdenken, ob eine Entschlackung der Lehrpläne für Kinder wie für Lehrer wirksamer wäre? Schlussendlich kommt es nicht auf den Lehrplan an, sondern auf die einzelne Lehrkraft. Lehrerinnen und Lehrer, die grossartige Pädagogen sind, ersticken zunehmend im Dschungel der Administration. Und viel Geld verschwindet zunehmend in den Büros. Wäre nicht ein erneutes Umdenken erforderlich? Vielleicht für einmal in eine andere, nachhaltigere Richtung? •



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.
Ihre EDU Schweiz



Kremation: der Zeitgeist fordert uns zur Stellungnahme auf

In der digitalen Gesellschaft ist fast alles ersichtlich – und wird vieles verdrängt. Eines der Tabuthemen ist der Tod. Der Verein für Erdbestattung und Persönlichkeitsschutz (VE+P) beschäftigt sich seit 30 Jahren mit dem Thema. Es ist hochaktuell, nicht nur mit Blick auf «Totensonntag» oder «Allerheiligen».

Thomas Feuz, Redaktionsleiter

Arthur Bosshart, wie möchten Sie einmal sterben?

Als begnadigtes Gotteskind. Denn auch ich muss mit Paulus sagen: «Ich weiss, dass in mir nichts Gutes wohnt» (Römer 7,18). Ich will erdbestattet werden, so wie sich die Gläubigen seit Beginn der Christenheit beerdigen liessen.

Was möchten Sie vorher noch erlebt haben?

Dass die junge Generation die frohe Botschaft von der Erlösung und Errettung durch den Glauben an den Sühnungstod Jesu Christi kennenlernt, sodass auch sie errettet und von Neuem geboren werden.

Sie führen das Sekretariat des Vereins VE+P. Wie kam das?

1987 wurde im Kanton Thurgau ein neues Gesundheitsgesetz eingeführt. Damit wurde die Kremation zum Regelfall. Das heisst: Wenn nichts anderes verfügt wurde oder von den Angehörigen nichts anderes verlangt wird, wird kremiert. Das gab den Ausschlag zur Grün-

dung des Vereins für Erdbestattung und Persönlichkeitsschutz (VE+P).

Was ist Ihr Hauptziel?

Wir wollen die Persönlichkeitsrechte über den Tod hinaus wahren, sodass jede Person, welche erdbestattet werden will, auch erdbestattet wird. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass möglichst viele Leute ihre Erdbestattung verfügen. Aufgrund des Erwachsenenschutzgesetzes von 2013 hat sich unser Schwergewicht auf den Persönlichkeitsschutz verlagert, damit die Selbstbestimmung bis zum Ableben gewährt bleibt.

Wie arbeiten Sie?

Mit Beiträgen zum Thema Erdbestattung und Kremation informieren wir über die verschiedenen Aspekte der beiden Bestattungsarten und die diesbezügliche Rechtslage. Die Vorträge zum Thema «Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung» wollen dazu ermutigen, einen Vorsorgeauftrag und eine Patientenverfügung zu erstellen.

Warum braucht es einen Verein wie Ihren?

Als Gegengewicht zu diversen Vereinen und Clubs, die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts vehement und effizient für die Kremation einsetzen. Aufgrund der Bemühungen der Freidenker wurde 1874 in Deutschland die Feuerbestattung wieder eingeführt, nachdem sie viele Jahrhunderte lang verboten war. Freidenkervereinigungen propagierten die Kremation, um sich bewusst von der christlichen Bestattungskultur abzugrenzen. Damit sich auch Christen kremieren lassen, wurde mit Begriffen wie Hygiene, Ökonomie, Umwelt, Wachsleichen usw. argumentiert. Diese halten einer genaueren Prüfung jedoch nicht stand. Sie führten aber dazu, dass heute vielerorts über 80 Prozent der Leichen kremiert werden. Der VE+P will diesem Trend entgegenwirken.

Wie kann man sich auf den Tod vorbereiten?

Mose sagte im Psalm 90,12: «Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.» Es ist nichts so sicher, als dass wir eines Tages sterben müssen. Es hilft nichts, das Thema Tod zu verdrängen. Eines Tages werden wir damit konfrontiert sein – weil Angehörige sterben oder weil wir selber vor dem Tode stehen. Wer sich bewusst ist, dass auch er eines Tages sterben muss, lebt bewusster und gezielter auf die Ewigkeit hin. Für ihn verlieren verganglicher Reichtum, Ruhm, Ehre und vergängliches Vergnügen an Bedeutung.

In der Bundesverfassung ist verankert, dass die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist (BV Art. 7) und dass jeder Mensch das Recht auf persönliche Freiheit hat, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit (BV Art. 10, Abs. 2). Dem VE+P ist es wichtig, dass die Unversehrtheit des Leibes über den Tod hinaus gewährleistet bleibt.

**Welche Hilfsmittel bieten Sie an?**

Wir bieten Aufklärungsmaterial an und geben gratis Verfügungsformulare für eine Erdbestattung sowie Vorsorgeauftragsformulare und Patientenverfügungen ab. Diese können ebenfalls auf der Webseite heruntergeladen werden.

In unserer schnelllebigen Zeit will sich kaum jemand über den Tod und das ewige Leben Gedanken machen ...

Das ist leider so. Wir müssen uns darüber aber auch nicht wundern, wird doch seit Jahrzehnten mehr oder weniger direkt gelehrt, «dass es keinen Gott gibt». Gemäss Lehrplan 21 müssen die Kinder die Evolutionstheorie als eine «wissenschaftliche Erkenntnis» und die Schöpfungsgeschichte als einen «Mythos» wahrnehmen. Wie soll sich da noch jemand Gedanken über das ewige Leben machen? Ist es verwunderlich, wenn jeder nur noch an eines denkt: Sich selbst zu verwirklichen und sich bestmöglich zu vergnügen?

Stichwort «Halloween»?

Satan ist vielseitig aktiv und weiss die Menschen mit Gruseln und Horror zu begeistern. Umso wichtiger ist, dass gerade die junge Generation die frohe Botschaft von Jesus Christus kennenlernen. Er gibt Orientierung und eine lebendige Hoffnung auf die Ewigkeit. Es liegt in unserer eigenen Verantwortung, unsere Jugend das Wort Gottes zu lehren und sie vor Irrlehren zu bewahren. Wir wollen aber auch die Erwachsenen über die Hintergründe der verschiedenen freidenkerischen Organisationen aufklären.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Trotz meiner Schwachheit und Unvollkommenheit dem Herrn Jesus Christus zu dienen und für Mitmenschen nützlich zu sein. Vor allem aber, dass die heutige Jugend durch den Glauben an Jesus Christus ein sinnerfülltes Leben führen kann.

Besten Dank für dieses Gespräch!**Zur Person**

Arthur Bosshart, 1951, verheiratet, Eidg. dipl. Elektroinstallateur, Präsident des Vereins für christl. Privatschulen, engagiert bei der Christlichen Privatschule in Weinfeld, Sekretär des VE+P (Verein für Erdbestattung und Persönlichkeitsschutz, Postfach 16, 8514 Bissegg)

➔ www.ve-p.ch, ve-p@bluewin.ch,
071 977 32 44



Initiative: Familienverantwortung

Dass Familienmitglieder die Freiheit haben, Verantwortung füreinander wahrnehmen zu können, gehörte schon immer zu den Grundanliegen der EDU. Die Delegierten der EDU Schweiz haben deshalb am 11. August entschieden, die Eidgenössische Volksinitiative «eigenständiges Handeln in Familien und Unternehmen (Kindes- und Erwachsenenschutz-Initiative)» zu unterstützen.



David Gysel,
Mitarbeiter EDU Schweiz

Die Schweizer Gesetze schreiben automatisch jede Kompetenz dem Staat zu, wenn eine erwachsene Person urteils- und handlungsunfähig wird – es sei denn, diese Person habe in einer schriftlichen Erklärung eine Drittperson für diese Verantwortungsübernahme bestimmt. Daran denken aber nur sehr wenige. Viele Familien lassen sich zurzeit von Ereignissen und vom Eingreifen des Staates überrumpeln. Die EDU unterstützt die Unterschriftensammlung dieser Initiative, welche das Prinzip umkehrt.

Gegen das geltende staatliche Monopol

Gemäss dem Initiativtext sind es zuerst die Familienmitglieder, welche ihre Verantwortung übernehmen können. Der Staat hat somit eine unterstützende Rolle einzunehmen, und nicht gleich die Verfügungsgewalt. Um dieses Prinzip «Familie vor Staat» festzuschreiben, haben die Initianten einen neuen Verfassungsartikel formuliert, den Artikel 14a (zentrale Punkte sind kursiv gesetzt):

¹ Ist oder wird eine Person urteilsunfähig oder handlungsunfähig, so haben *ihre Angehörigen* in folgender Rangordnung das *Recht auf Personensorge, Vermögenssorge und Vertretung im Rechtsverkehr* dieser Person:

- a) die Ehegattin oder der Ehegatte beziehungsweise die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner, b) Verwandte im ersten Grad,
- c) Verwandte im zweiten Grad, d) die faktische Lebenspartnerin oder der faktische Lebenspartner.

² Jede handlungsfähige Person kann für den Fall ihrer Urteils- oder Handlungsunfähigkeit ohne Mitwirkung und Zustimmung von Behörden und in der Form der letztwilligen Verfügung: a) die Rangordnung nach Absatz 1 ändern oder b) eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen beauftragen, die Personensorge oder die Vermögenssorge zu übernehmen oder sie im Rechtsverkehr zu vertreten.

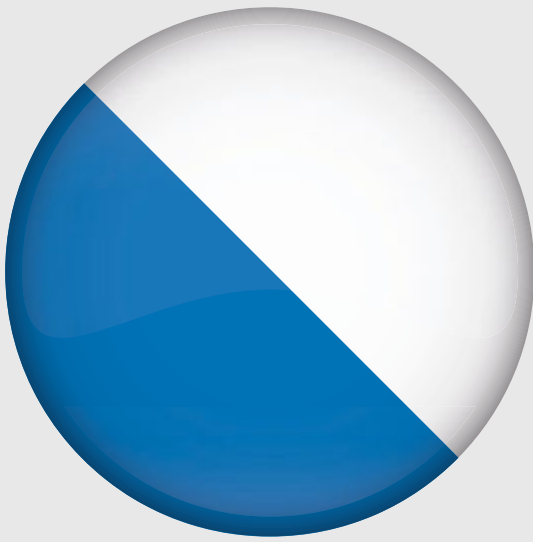
³ Eine Änderung oder ein Auftrag nach Absatz 2 hat gegenüber dem Recht nach Absatz 1 Vorrang.

⁴ Die Feststellung der Urteils- oder Handlungsunfähigkeit und der Entzug oder die Einschränkung der Rechte nach den Absätzen 1 und 2 dürfen nur durch ein Gericht in einem ordentlichen Verfahren erfolgen. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Die Initiative gibt den Erwachsenen alle Freiheit, Personen ihrer Wahl zu bestimmen, welche die Verantwortung für sie übernehmen können. Es ist auch zu beachten, dass die Initiative es einem Familienmitglied erlaubt, diese Übernahme der Verantwortung abzulehnen. Die Freiheit ist also auf beiden Seiten gegeben. •

Jetzt unterschreiben!

Die EDU empfiehlt diese Initiative zur Unterstützung. Unterschriftenbogen können beim Komitee KESB-Initiative, Postfach 322, 8853 Lachen oder auf www.kesb-initiative.ch bestellt oder heruntergeladen werden.



KANTON ZÜRICH

ES IST ABER DER GLAUBE EINE FESTE ZUVERSICHT
AUF DAS, WAS MAN HOFFT, UND EIN NICHTZWEIFELN
AN DEM, WAS MAN NICHT SIEHT.

HEBRÄER 11,1



Daniel Wolf
Präsident EDU Bezirk Meilen, Hombrechtikon

Der obige Vers war für mich in schwierigen Lebensphasen ein ständiger Begleiter und gab mir Kraft, im Glauben an Gott dranzubleiben und ihm blind zu vertrauen. Ich stützte meine Hoffnung nicht auf sichtbare Umstände, sondern vertraute zuversichtlich auf Gottes Plan. In der Gewissheit, dass Gott keine Fehler macht, kam ich zur Ruhe und wusste, dass mein Anliegen bei Gott in den besten Händen lag. Dieser Vers darf uns auch eine Ermutigung für die im 2019 stattfindenden Kantons- und Nationalratswahlen sein. Gott weiss um unsere Ziele und Hoffnungen, vertrauen wir ihm! •



Es braucht die EDU mehr denn je!

Hans Egli
Parteipräsident und EDU-Kantonsrat, Steinmaur

**Was haben die Schlagzeilen
«Nacktwandern ist jetzt Kunst»
und «Religion und Glaube im öffent-
lichen Raum werden zunehmend
zum Ärgernis» gemeinsam?**

Beide zeigen eine Entwicklung auf, die zu denken gibt. Was bisher aufgrund eines natürlichen Schamempfindens oder einer gemeinsam geteilten Kultur klar als gut oder schlecht eingeordnet wurde, wird heute zunehmend ins Gegenteil verkehrt. Da ist es gut, dass wenigstens die EDU nicht wegschaut, sondern hinsteht und ausspricht, was viele nur noch zu denken wagen. Es braucht die EDU mehr denn je. •



Kantonale Volksinitiative **Mehr Geld für Familien**

Höhere Familienzulagen stärken alle Familien.

Diesem «Standpunkt» liegt der Unterschriftenbogen für unsere Initiative «Mehr Geld für Familien» bei. Bitte unterschreiben Sie und sammeln Sie noch zwei, drei zusätzliche Unterschriften. Dann den Bogen falten und möglichst bald zurücksenden. Vielen Dank. Warum ist diese Initiative wichtig?



Daniel Suter

Geschäftsführer EDU Kanton Zürich, Winterthur

Die wachsenden Lebenshaltungskosten gefährden die wirtschaftliche Existenz der Familien.

Kinder zu haben gehört zum Schönsten, was man sich vorstellen kann. Aber Kinder kosten viel Geld, das den Familien häufig fehlt. Je nach Zusammensetzung der Familie kostet ein Kind Fr. 600–1200 pro Monat. Dies gefährdet die wirtschaftliche Existenz vieler Familien. Besonders kinderreiche Familien sind häufig von Armut betroffen. Mit der Volksinitiative «Mehr Geld für Familien» will die EDU allen Familien mehr finanzielle Mittel zukommen lassen.

Höhere Familienzulagen stärken alle Familien unabhängig vom Familienmodell.

Mit der Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen wird eine Finanzierung gewählt, die allen Eltern zugutekommt, ohne dass ein Familienmodell bevorzugt oder benachteiligt wird. Nach dem Ausbau der familienergänzenden Betreuungsstrukturen ist es nun vordringlich, die

Familien an sich zu festigen! Die Initiative stärkt die Familien, indem sie ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt und dabei die Selbstbestimmung wahrt.

Familienzulagen sind gerecht, weil sie sich an den Kinderkosten orientieren und niemanden benachteiligen.

Familienzulagen orientieren sich an den effektiven Kinderkosten und nicht an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern. Das ist sachgerecht, da die effektiven Kinderkosten in den meisten Familien in einer ähnlichen Grössenordnung liegen. Künftig sollen Familienzulagen ausbezahlt werden, welche mindestens 150 Prozent der bundesrechtlich vorgeschriebenen Minimalansätze entsprechen.

Durch höhere Familienzulagen können Eltern ihre Kinder vermehrt selber betreuen.

Höhere Familienzulagen entlasten das Familienbudget. Das gibt Spielraum, damit sich Eltern vermehrt dafür entscheiden können, ihre Kinder selber zu betreuen.

Jährliche Mehreinnahmen von Fr. 600, 1200 oder 1500 pro Kind entlasten besonders kinderreiche Familien spürbar.

Mit der Volksinitiative «Mehr Geld für Familien» werden im Kanton Zürich die Kinderzulagen von bisher Fr. 200 bzw. 250 pro Monat auf mindestens Fr. 300 und die Ausbildungszulagen von bisher Fr. 250 auf mindestens Fr. 375 pro Monat erhöht.



Dies bedeutet für eine Familie jährliche Mehreinnahmen von Fr. 600, 1200 oder gar 1500 pro Kind, was diese erheblich stärkt.

Junge Frauen und Männer wünschen sich laut Familienbericht des Bundesrates mehr Kinder, als sie haben.

Bei jungen Menschen hat die Familie einen ausserordentlich hohen Stellenwert. Sie wollen heiraten und Kinder haben. Junge Frauen und Männer wünschen sich zwei, drei oder mehr Kinder. Warum liegt die Geburtenrate aber nur bei 1,6 Kinder? In der Regel reduzieren Eltern ihre Erwerbstätigkeit, wenn sie Kinder bekommen, um ihren Nachwuchs zu betreuen. Die Familie sieht sich mit tieferen Einkommen und höheren Ausgaben konfrontiert. Dies führt dazu, dass viele Paare ihre Kinderwünsche nicht vollumfänglich

realisieren können. Um diese Negativspirale zu durchbrechen, braucht es die Initiative «Mehr Geld für Familien».

Mehr Kinder führen zu einer nachhaltigen Gesellschaft und sichern insbesondere die AHV.

Die Familie ist ein wichtiger Faktor für die soziale Sicherheit in der Gesellschaft. Sie garantiert die Stabilität der Gesellschaft von unten. Allerdings gefährdet die tiefe Geburtenrate von 1,6 Kindern den Fortbestand der Bevölkerung und somit das Rentensystem. Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung aufrechtzuerhalten und die AHV zu sichern, sind mehr Kinder pro Familie nötig. Damit sich Familien mehr Kinder leisten können, braucht es «Mehr Geld für Familien». •

Das überparteiliche Komitee



Markus
Brechbühl

Gemeinderat EDU
Dübendorf



Conny
Brizza

Gemeinderätin EDU
Bülach



Roger
Cadonau

Gemeinderat EDU
Wetzikon



Nadine
Dubs

Lindau



Hans
Egli

Kantonsrat EDU
Steinmaur



Mirjam
Egli-Dürsteler

Seuzach



Silvio
Foiera

Gemeinderat EDU
Uster



Peter
Häni

Kantonsrat EDU
Bauma



Hanspeter
Hugentobler

Kantonsrat EVP
Pfäffikon



Heinz
Kyburz

Meilen



Thomas
Lamprecht

Kantonsrat EDU
Bassersdorf



Tobias
Mani

Kantonsrat EVP
Au



Beat
Monhart

Kantonsrat EVP
Gossau



Markus
Schaa

Kantonsrat EVP
Rämismühle



Daniel
Sommer

Kantonsrat EVP
Affoltern a.A.



Daniel
Suter

Winterthur



Erich
Vontobel

Kantonsrat EDU
Wolfhausen



Judith
Winiger

Rüti



Mark
Wisskirchen

Kantonsrat EVP
Kloten



Bruno
Zürcher

Gemeinderat EDU
Au

Etablierte Kleinparteien fordern gerechtere Listennummern

AL, EVP und EDU fordern, dass die Zuteilung der Listennummern für die Nationalratswahlen gerechter vollzogen wird. Kleinparteien, welche im Kantonsrat seit Jahren vertreten sind, fanden sich in den Wahlunterlagen zwischen Gruppierungen wie der «Anti-PowerPoint-Partei» und den «Unpolitischen» wieder.



Erich Vontobel

Präsident der EDU-Kantonsratsfraktion, Wolfhausen

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) sollte erreicht werden, dass bereits für 2019 eine bessere Lösung vorliegt. Im Kantonsparlament sagte ich:

Einsatz soll einen Unterschied machen

Die letzten Nationalratswahlen haben einmal mehr gezeigt, dass solche Wahlen auch politische Eintagsfliegen und Selbstdarsteller anziehen. Das ist verständlich, denn eine gewisse Publizität hat man damit günstig und auf sicher. Dass solche Kandidaturen bei der Zuteilung der Listennummern aber gleich behandelt werden wie etablierte Parteien, die schon viele Jahre im Kantonsrat sind, scheint uns nicht richtig. Vor diesem Hintergrund sind wir als EDU Mitunterzeichner dieses Vorstosses und bitten Sie, diese PI definitiv zu unterstützen. In Zukunft soll es bei der Zuteilung der Listennummern einen Unterschied machen, ob man sich in der Vergangenheit für das Gemeinwesen eingesetzt hat

oder ob man ohne irgendeinen Leistungsausweis einfach in letzter Minute aufs Trittbrett des fahrenden Zuges nach Bern aufspringen möchte.

Jetzt handeln – nicht vertrösten

Auf den Vorwurf der SVP, dass dieser Vorstoss Selbstzweck sei, möchte ich folgendes entgegenbringen: Ich denke, dass die SVP auch keine Freude hätte, wenn sie irgendwo im Listenkatalog unter «ferner liefern» drin wäre. Wenn also die SVP diese Initiative nicht definitiv unterstützt, ist vor allem das Selbstzweck.

Es ist auch uns klar, dass zur Umsetzung dieser PI noch ein paar offene Fragen abzuklären sind. Die PI aber deswegen abzulehnen und erst im Rahmen der zweiten Etappe der geplanten Revision des GPR aufzunehmen, ist pure Vertröstung ohne garantierte Aussicht auf Umsetzung. Die EDU möchte, dass jetzt etwas gemacht wird und die gerechtere Listennummern-Zuteilung bereits im Wahljahr 2019 zur Anwendung kommt.

Appell verhalte ungehört

Wir werden deshalb die PI definitiv unterstützen und bitten Sie, das Gleiche zu tun, damit es zu diesem Thema vorwärts geht. Herzlichen Dank.

Leider scheiterte die PI mit 20 zu 133 Stimmen. Das Anliegen einer solchen Wahlreform wurde zwar anerkannt, das Thema aber auf die kommende Überarbeitung des Gesetzes über die politischen Rechte vertagt.

Das heisst: Auch 2019 erscheinen wir als EDU möglicherweise im Listensalat irgendwo unter «ferner liefern».



Einladung zum Znüni

Treffen Sie die EDU-Kantonsräte montags von 9:50 bis 10:20 Uhr im «ZunftHaus zur Hae». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontaktieren Sie den EDU-Fraktionspräsidenten:

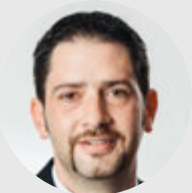
Erich Vontobel

079 459 90 61, evontobel@bluewin.ch



Missstände bei Gefängnisumbau

Beim Umbau des Vollzugszentrums Bachtel sollen der Landwirtschaftsbereich und der Bereich für handwerkliche Arbeiten wie Schreinerei und Gärtnerei fast ganz gestrichen werden. Dagegen habe ich mich gewehrt. Denn gerade im offenen Vollzug sind niederschwellige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zentral für die erfolgreiche Rehabilitation.



Peter Häni
EDU-Kantonsrat, Bauma

Das Vollzugszentrum Bachtel (VZB) in Ringwil (Gemeinde Hinwil) ist eine auf den offenen Strafvollzug spezialisierte Institution des Amtes für Justizvollzug. Zum Stammhaus in Ringwil mit 64 Vollzugsplätzen gehört seit 2015 die in einem geschlossenen Regime geführte Eintritts-abteilung Meilen im ehemaligen Bezirksgefängnis mit 35 Plätzen.

Heute besteht das VZB in Ringwil aus dem das Ortsbild prägenden Verwalterhaus, einem Insassengebäude mit 42 Plätzen, einem Insassenpavillon mit 22 Plätzen, dem Wirtschaftstrakt mit Produktionsküche, einer zentralen Scheune mit Werkstätten und Stallungen, einem Freilaufstall sowie weiteren dezentral angeordneten Nebengebäuden.

Landwirtschaft und Handwerk wurden gestrichen

Mit der Zusammenlegung von Ringwil und Meilen muss das VZB Ringwil umgebaut und erweitert werden. Der offene Vollzug muss weitergeführt werden können, die Sicherheit auch betreffend Drogenproblematik soll verbessert werden und das Projekt soll einem Gehöft ähnlich sein, das in die Umgebung gut eingebettet ist.

Es war beabsichtigt, die projektierten Kosten für diesen Umbau zu kürzen und dabei den Landwirtschaftsbereich und den Bereich für handwerkliche Arbeiten wie Schreinerei und Gärtnerei fast ganz zu streichen. Für die Rehabilitation der Insassen ist aber gerade der Umgang mit Tieren von hoher Wichtigkeit, was auch eine Swot-Analyse von 2015 klar belegt. Für den offenen Vollzug braucht es niederschwellige



Das Vollzugszentrum Bachtel in Ringwil

Arbeitsplätze und mit der Zusammenlegung von Ringwil und Meilen kann auf die Plätze in der Landwirtschaft keinesfalls verzichtet werden. Darum habe ich am 2. Juli mit Unterstützung von Peter Preisig (SVP) eine Anfrage zu diesem Missstand an die Regierung eingereicht. Diese wurde bis heute noch nicht beantwortet. Auch die Zentrumsleitung des VZB hat in einem Schreiben an die Regierung und an mehrere Kantonsräte deutlich auf diese Missstände hingewiesen, was aber von Regierungsrätin Fehr ausser Acht gelassen wurde.

Ringgen im Kantonsrat

Am 20. August kam das Geschäft in den Kantonsrat. Vor der Ratssitzung habe ich einen Rückweisungsantrag gestellt, der von der EVP, der AL und Teilen der SVP unterstützt wurde. Denn aus Sicht der EDU muss die Regierung das Projekt neu beurteilen und die involvierten Personen besser einbinden. Nur so kann ein Projekt zur Zufriedenheit aller Beteiligten verwirklicht werden.

In der Debatte konnte ich von Frau Regierungsrätin Fehr mit gezielten Fragen Stellungnahmen und Zugeständnisse erwirken, die protokolliert und öffentlich einsehbar sind. Als EDU-Vertreter und Kenner dieses Geschäftes habe ich auch mehrere Male darauf hingewiesen, dass zum Beispiel entgegen dem Versprechen der Regierung, die Landwirtschaft zu erhalten, ohne Jauchegrube keine Tierhaltung möglich ist. Schliesslich hat der Rat der Kürzung um 5 Mio. Franken zugestimmt.

Das weitere Vorgehen werden wir im Auge behalten und gegebenenfalls intervenieren. Das sind wir den Steuerzahlern und unseren Wählern schuldig. •

Einblick ins Leben von ...



- Schreinermeister mit eigener Schreinerei im Zürcher Unterland
- Ehemann und Vater
- Wahlkampfleiter der EDU Kanton Zürich
- EDU-Kantonsrat

Thomas Lamprecht

Im Gespräch mit Saya Oechslin

Thomas, wähle für dieses Gespräch drei Stichwörter aus den folgenden fünf: Glaube, EDU, Kantonsrat, Wahlen, Familie.
Ich nehme Glaube, EDU, Familie.

Was bedeutet Dir Dein Glaube?

Die Gewissheit, dass es Gott gibt und Jesus mich erlöst hat, ist für mich das Fundament. Auf diesem baue ich mein gesamtes Leben auf – persönlich, geschäftlich, politisch.

Wie siehst Du die aktuelle Situation des christlichen Glaubens in der Schweiz?

Der Glaube ist leider für immer weniger Leute wichtig, die Säkularisierung nimmt zu. Andere Religionen nehmen mehr Raum ein und bei vielem wird das Christliche ausgeschnitten. Eine traurige Entwicklung.

Hast Du ein Rezept dagegen?

Der Mensch wählt seinen Weg selber. Er ist frei in seinen Entscheidungen. Leider sieht diese Freiheit für viele Menschen sehr egogetrieben aus – Gott spielt keine Rolle. Es fragt sich, wie man aktiv gegen diese Strömung halten kann, ohne dabei kontraproduktiv zu sein oder die Menschen manipulieren zu wollen. Ich wünsche mir Christen, die neben der Bibel auch auf fachliche Begründungen Wert legen. Das riesige Wissen, das sich die Menschheit angeeignet hat, sollte dazu benutzt werden, die christlichen Ansichten auch wissenschaftlich zu untermauern. Ich lese zum Beispiel ein bestimmtes Magazin, welches den christlichen Hintergrund mit Erkenntnissen aus der Psychotherapie verbindet. Die Kombination von Glaube und Wissenschaft ergibt ein riesiges Potential.

Wann und weshalb hast Du Dich für die EDU entschieden?

Vor den Wahlen 2011 wurde ich angefragt, um auf der Kantonsrats-Liste der EDU zu kandidieren. Vorher hatte ich immer EDU oder SVP gewählt. Anschliessend bin ich aus Konsequenz auch Mitglied der EDU geworden. Bald danach wurde ein Präsident für die EDU im Zürcher Unterland gesucht und nach langem Überlegen habe ich zugesagt.

Wo bist Du in der EDU involviert?

Eins ergab das andere: ich wurde zum Wahlkampfleiter und dadurch zum Geschäftsleitungsmitglied. Politisch bin ich seit dem 5. März 2018 als Kantonsrat Teil der EDU-Fraktion.

Was wünschst Du Dir für die EDU?

Wahlerfolg! Ein Schritt vorwärts muss endlich gelingen. Wir müssen zulegen. Nach der Einführung des Pukelsheim im Jahr 2007 hatten wir auf einmal eine eigene Fraktion mit fünf Kantonsräten. Ich bin erstaunt, dass es uns seither nicht gelungen ist, aus dieser Präsenz mehr zu generieren. Jetzt sind wir auf einem guten Weg mit einer sehr aktiven Geschäftsleitung, der es hoffentlich gelingen wird, die amtierenden Kantonsräte ganz stark in den Wahlkampf für zusätzliche Kantonsratssitze einzubinden. Ziel für mich sind sieben Kantonsräte. Sieben ist eine biblische Zahl! Träumen muss erlaubt sein. Auch der Traum einen Regierungsratssitz zu erobern, da wir mit Hans Egli einen fähigen Kandidaten stellen.

Was findest Du wichtig für Familien in der Schweiz?

Ich wünsche mir, dass niemand aus finanziellen Gründen gezwungen ist arbeiten zu gehen, weil



der Lohn eines Elternteils nicht genug zum Leben hergibt. Für mich ist auch eine Aufteilung der Arbeit unter den Elternteilen möglich. Wir sind ein Volk von Mietern. Deshalb sollen Mütter die Möglichkeit haben, aus den eigenen vier Wänden herauszukommen, um einer Tätigkeit ausser Haus nachgehen zu können. Kinder sollen jedoch familiär betreut werden. Kinderhort und Kinderkrippe haben meiner Meinung nach durchaus ihre Berechtigung. Für mich aber in aller erster Linie für Alleinerziehende. Jedoch nicht, wenn beide Elternteile arbeiten wollen, um über zwei Löhne verfügen zu können.

Magst Du etwas über Deine eigene Familie erzählen? Lebt ihr nach Deinen erwähnten Idealen?

Ich bin zum zweiten Mal verheiratet und habe eine Patchworkfamilie. Meine eigene Tochter ist bereits ausgezogen, meine Stieftochter lebt noch bei meiner Frau und mir. Ich fülle meine Rolle als Stiefvater gerne aus.

Als ich alleinerziehender Vater wurde, war meine Tochter bereits in der Oberstufe. Dadurch, dass sich mein Geschäft neben dem Wohnhaus befindet, war ich für sie jederzeit als Ansprechperson verfügbar. Zeitweise waren auch Gemeindemitglieder für meine Tochter da. Meine Frau hingegen musste als Alleinerziehende eine Zeit lang auf die Fremdbetreuung im Hort zurückgreifen, um für ihren Unterhalt arbeiten gehen zu können.

Die kantonale Volksinitiative der EDU «Mehr Geld für Familien» (siehe Seite 2+3), deren Unterschriftensammlung gerade angelaufen ist, finde ich sehr positiv. Gewinner sind Familien mit vielen Kindern und denen spreche ich diese erhöhte Kinderzulage gerne zu. Glaube, EDU und Familie passen für mich sehr gut zusammen.

Vielen Dank für das Gespräch. •

Veranstaltungshinweis

Im Oktober 2018 feiern die folgenden Mitglieder einen runden Geburtstag. Die EDU Kanton Zürich gratuliert mit dem Segensspruch:

«**ABER FÜR DIE MENSCHEN MEINES VOLKES BIN ICH, DER HERR, WIE EINE STARKE FESTUNG, IN DER SIE ZUFLUCHT FINDEN.**» JOEL 4,16B

**Rosmarie Staub, Tann • Beat Haldimann, Männedorf
Vreni Krummenacher, Bonstetten • Marcus Naegeli, Rikon
Markus Rutz, Bubikon • Myrtha Schumacher, Wetzikon
Undine Tschudi, Männedorf • Susanne Wüthrich, Kollbrunn**

Agenda

Gebetstreffen

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9-10 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 3., 17. + 31. Okt. sowie 14. + 28. Nov. Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des 12. Okt., 9. Nov. und 14. Dez. Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

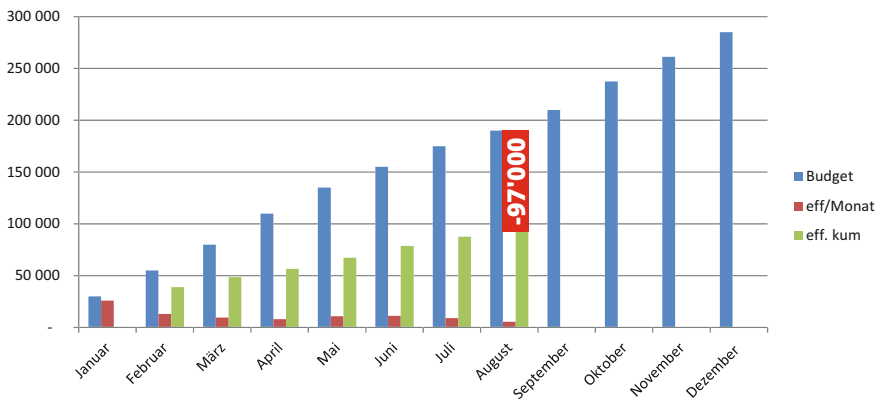
Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 1. Okt., 5. Nov. und 3. Dez. Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti. Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 8. + 22. Okt., 12. + 26. Nov. und 10. Dez. Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30-19 Uhr: 10. Okt., 14. Nov. und 12. Dez. Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

Finanzen

Wir brauchen Ihre Unterstützung! Spendenbarometer 2018



Veranstaltungen mit **Doron Schneider**



Themen:

- 1 Aktuelle Lage Israels laut Heilsplan Gottes in der Bibel
- 2 Biblische Feiertage verraten die Wiederkunft Jesu
- 3 Rolle der Araber bei der Erlösung der Juden



Termin	Thema	Zeit	Ort
So. 11.11.	3	17:00 Uhr	Uster
Mo. 12.11.	3	19:00 Uhr	Zürich
Di. 13.11.	2	20:00 Uhr	Winterthur
Mi. 14.11.	1	19:30 Uhr	Illnau
Do. 15.11.	1	19:30 Uhr	Dietikon



Impressum

Sekretariat EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
info@edu-zh.ch

Spendenkonto
IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6
Postkonto: 80-37173-6

Kantonale Redaktion
Daniel Suter, Saya Oechslin
Gestaltung Lukas Frey

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsigler@edu-zh.ch.

EDU sieht sich herausgefordert



Das Schweizer Gesundheitssystem ist qualitativ hochwertig, aber auch sehr teuer. Der technologische Fortschritt, wohl willkommen, aber nicht ohne «Nebenwirkungen», die Zunahme der chronischen Erkrankungen sowie die Alterung der Gesellschaft gelten als wesentliche Kostentreiber.



Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist immer noch massiv und ungebremst. Von 1990 bis 2017 stiegen die Gesundheitskosten von 26,9 auf über 80 Milliarden. Einem Kostenanstieg von rund 300 Prozent steht im gleichen Zeitraum ein Wirtschaftswachstum von um 165 Prozent und ein Bevölkerungswachstum von knapp 155 Prozent gegenüber.

Grosse Belastung für Private

Über die gesamte Bevölkerung betrachtet lag die Prämienbelastung 2014 bei 6 Prozent des Bruttoeinkommens. Bis heute sind keine Anzeichen zu erkennen, dass der Trend der Kostensteigerung gebrochen wird. Die Wahrscheinlichkeit ist deshalb gross, dass sich die Prämien wie in der Vergangenheit weiterentwickeln. Steigen auch die Löhne wie bisher, wächst die Prämienbelastung bis ins Jahr 2030 auf 11 Prozent des Einkommens. Hält das Prämienwachstum unvermindert an, wird es grossen Teilen der Bevölkerung in Zukunft nicht mehr möglich sein, die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung zu tragen.

Offen ist die Frage, woher dieser Kostenanstieg herrührt. Werden wirklich so viel mehr Kosten durch die genannte Entwicklung generiert oder wirken (auch) andere Faktoren mit?

Sicher sind alle Anstrengungen begrüssenswert, möglichst viele Pflegeaufwände ambulant anzugehen. Andererseits steigen die Kosten für die Krankenversicherer enorm. Die Kosten für die

öffentliche Hand hingegen konnten beinahe stabilisiert, wenn nicht gar verringert werden. Spitalschliessungen führen klar zu einer Kostententlastung, wie auch weniger Spitaltage weniger Kosten für die Öffentlichkeit mit sich bringen.

Eine Zwischenbilanz

Die Gesundheitskosten können nicht weiterhin dem Prämienzahler angelastet werden. Das Versicherungsobligatorium wie auch den Vertragszwang mit den Leistungserbringern definiert das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Dieses legt das Versicherungspaket der obligatorischen Grundversicherung fest, bewilligt die Abrechnungsberechtigung für Leistungserbringer sowie für neue Therapien, Prävention, Operationsvorgehen und Suchtmittelabgaben. Die Finanzierung wird zum grossen Teil von den Krankenkassen getragen und damit vom Prämienzahler finanziert.

Das Bundesamt für Gesundheit, die Politik und allgemein die öffentliche Hand müssen vermehrt in die Verantwortung und Mitfinanzierung einbezogen werden. Es braucht Entlastungen für die Versicherten, wie auch die Förderung der Eigenverantwortung und Solidarität für Menschen im Alter.

Vorstoss der EDU geplant

Die EDU plant, mit einer Initiative einen Prämienstopp zu erreichen und damit Versicherte, Familien und Jugendliche zu entlasten. •

Geschichtsstunde mit dem Sultan

Der vierte Palast des türkischen Alleinherrschers Recep Tayyip Erdogan wird dort gebaut, wo die muslimische Eroberung des christlichen Byzanz ihren Anfang nahm. Auch in Frankreich entstehen Moscheen an geschichtsträchtiger Stätte.



Thomas Feuz, a. Kirchgemeindepräsident

Der türkische Staatspräsident verdankt seinen bisherigen Erfolg nicht zuletzt westlichem Geld. Die Schuldenlast soll aktuell gegen eine halbe Billion Euro betragen. Weder EU noch Währungsfonds erklärten die Türkei bisher als zahlungsunfähig. Erdogan weiss die Schwächen seiner Gegner geschickt zu nutzen. Der geplante Empfang durch die deutsche Bundesregierung dürfte nicht nur zu einer innerdeutschen Zerreissprobe werden.

Die mysteriöse Zahl 1071

Erdogans vierter Palast in Malazgirt weist eine Grundfläche von 1071 Quadratmetern auf. Der Zahl liegt eine tiefere Mystik zugrunde: Im Jahr 1071 siegten die muslimischen Seldschuken über die christlichen Byzantiner. «Jene Schlacht war der erste grosse Schritt auf dem Weg der Türken Richtung Byzanz, zur Eroberung des heutigen Istanbul im Jahr 1453», schreibt Stefan Reiche im Nachrichtenmagazin «ideaSpektrum». Der Berliner Pfarrer war Mitbegründer der SPD in der DDR und Minister im Bundesland Brandenburg. Mit seiner Kritik an Erdogans Machtpolitik verbindet er einen Appell an die deutsche Bundesregierung: «Im Grunde will der Islamist Erdogan wie die Seldschuken 1071 die Christen im Westen lieber früher als später be-

siegen. (...) Wir dürfen dem Bauherrn dieses 1071 Quadratmeter grossen Palastes nicht mit so viel Gutmütigkeit begegnen.»

(Un-)Heimliche Geldgeber

Nebst der Zahlenmystik nutzen Islamisten geografische Zusammenhänge für ihre Zwecke. Petrodollars treiben den Bau von Moscheen in Europa voran. Nach Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten finanziert der Golfstaat Katar islamische Gotteshäuser und Bildungsinstitute im grossen Stil. Dazu gehört die erste staatlich finanzierte muslimische Glaubensschule Frankreichs, das Lycée-Collège Averroès – «eine Brutstätte des Antisemitismus und des Islamismus» (gatestone.org).

Die ebenfalls von Katar finanzierte Assalam-Moschee mit ihrem 17 Meter hohen Minarett beleuchtet nachts die Stadt Nantes. Die El-Forqane-Moschee entstand aus der Umwandlung der christlichen Kapelle Saint-Christophe in eine islamische Gebetshalle. Mit dem Bau des An Nour-Centers im elsässischen Mulhouse entstand eine der beeindruckendsten grossen Moscheen Europas – «strategisch günstig in der Grenzregion von Frankreich, Deutschland und der Schweiz, wo Muslime mehr als 20 Prozent der Bevölkerung der Stadt mit 256 000 Einwohnern ausmachen», wie Medien in Katar kommentierten.

Viele der Ausbildungsstätten und Moscheen werden an geschichtsträchtiger Stätte errichtet. So entsteht in Saint-Denis, einem Pariser Vorort mit zahlreichen muslimischen Einwanderern, eine Grossmoschee. «In Saint-Denis befindet sich eine berühmte Kathedrale, die Basilika Saint-Denis, in der viele französische Könige begraben sind, darunter auch Charles Martel, der im Jahr 732 in der Schlacht von Tours den Vormarsch der muslimischen Armee gestoppt hat», schreibt Giulio Meotti in einem Aufsatz über «Frankreichs grosszügiger Moscheefinanzierer». Sein Fazit: «Der Emir von Katar scheint die französische Geschichte viel besser zu verstehen als viele Franzosen. Katar ist ein Land, bei dem die Demokratien gut daran tun würden, vorsichtig zu sein.» Gleiches dürfte auf den türkischen Alleinherrscher Erdogan zutreffen. •



Sterbehilfe: legalisieren? Nein!

Soll Sterbehilfe allen zugänglich werden, die ein «unerträgliches Leiden» geltend machen? Diese Frage hat die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) kürzlich mit Ja beantwortet. Die FMH als Berufsverband der Schweizer Ärzteschaft steht vor der Entscheidung, ob sie diese Richtlinien übernehmen soll.

David Gysel, Mitarbeiter EDU Schweiz

Trotz massiver Einwände u.a. des Ärzteverbands FMH hat die SAMW am 6. Juni die Richtlinien «Umgang mit Sterben und Tod» veröffentlicht und die Sterbehilfe nicht mehr nur todkranken Menschen zugesprochen. Der in der Sterbehilfe-Lobby kreierte Begriff «unerträgliches Leiden» wurde als neues Kriterium eingeführt. Jetzt steht die FMH mit über 40 000 Mitgliedern in einem brisanten Entscheidungsprozess, denn – wie die SAMW schreibt: «Die medizin-ethischen Richtlinien werden in der Regel in die Standesordnung der FMH aufgenommen und damit für deren Mitglieder verbindlich.»

Unterschiedliche Opponenten

Die FMH hatte angemahnt, dass die neuen Richtlinien für die Suizidprävention problematisch seien. Suizidwünsche seien meist zeitlich begrenzt. Ein kleinerer Ärzteverband, die Hippokratische Gesellschaft, betont in seiner Kritik an den Richtlinien: «Wer zum Suizidwunsch eines anderen Menschen keine Stellung bezieht, diesen bejaht oder sogar Beihilfe leistet, übernimmt damit die Beurteilung von dessen Leiden als «unerträglich» und seines Lebens als «nicht lebenswert». Damit verstärkt er die Suizidalität des Notleidenden und verweigert ihm wirkliche mitmenschliche Hilfeleistung.»

Die Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich hingegen will nur das medizin-ethische Dilemma für die Ärzte aufheben und die Sterbehilfe via Gesetz regeln: «Die Abgabe des Medikamentes könnte dann ohne ärztliches Rezept in einer speziell kontrollierten Abgabestelle erfolgen.» Sie schiebt damit den Schwarzen Peter dem Staat zu.

Aktion: fürs Leben eintreten

Schreiben Sie in den kommenden Tagen Briefe, damit die FMH die SAMW-Richtlinien «Umgang mit Sterben und Tod» nicht übernimmt und Sterbehilfe nicht ausweitet! Die Adresse finden Sie nachstehend. •

Jetzt schreiben!

Ermutigen Sie die FMH, die SAMW-Richtlinien «Umgang mit Sterben und Tod» nicht zu übernehmen. Adresse: FMH, Schweizer Ärzteschaft, Efenstrasse 18, Postfach 300, 3000 Bern 15.



«Schöpfung»

Bei einem Ausflug aufs Elsighorn «Allahs schöne Schöpfung geniessen»: Die Absicht des Islamischen Zentralrats brachte die jSVP und die Pnos auf den Plan, welche auf die schleichende Islamisierung aufmerksam machen wollten. Christian Zenger setzte am Bettag mit Allianzchristen ein Zeichen für den Glauben.

«Es ist sicher kein Zufall, dass gerade das Engstligental – wo es prozentual am meisten Christen in der Schweiz gibt – ausgewählt wurde. Ich sehe das als Angriff auf unser christliches Erbe. Wir müssen uns diesem geistlichen Kampf stellen», schrieb Christian Zenger an Freunde und Bekannte. Der Aufruf des Mitglieds der Geschäftsleitung der EDU Schweiz fand grosse Beachtung.

«Surrile Situation» im Frutigtal

Der «Berner Oberländer» widmete dem «Gipfeltreffen» bereits im Vorfeld grosse Aufmerksamkeit. Das Lokalfernsehen «Tele Bärn» berichtete über die «surrile Situation im Wanderparadies». Der Ausschnitt eines Interviews mit Christian Zenger und das gemeinsam gesungene Lied «Grosser Gott, wir loben dich» wurden zu einem eindrücklichen Zeugnis für den christlichen Glauben. Zenger betonte, dass Christen ihre Mitmenschen respektieren und achten, aber totalitäre Ideologien ablehnen. Nebst den zwölf Betenden am Ort des Geschehens trafen sich Beterinnen und Beter an verschiedenen Stationen in diesem wunderschönen Wander- und Erholungsgebiet. In einigen christlichen Gemeinden in der Region Frutigen-Adelboden wurde um Schutz für die Aktion gebetet. Das gemeinsame Anliegen konnte so innert knapp 24 Stunden sichtbar gemacht werden: Busse für eigene und fremde Verfehlungen, Dank für die vielfältigen Liebesbeweise Gottes des Allmächtigen und (Für-)Bitte für Mitmenschen, Gesellschaft und Politik. (tf)

Wie sinnvoll sind Boykotte?



Wem gehört das jüdische «Kernland»? Darüber spricht Nati Rom an zwei aktuellen Vorträgen.

Die internationale Kampagne «BDS», welche zum Boykott israelischer Produkte und zu Sanktionen gegen die jüdische Bevölkerung in der sogenannten «Westbank» aufruft, ist im Kern eine antisemitische Bewegung. Dementsprechend entspringt der Widerstand aus der tiefen religiösen Überzeugung, in Judäa und Samaria Gottes Willen und Auftrag zu erfüllen, so die Überzeugung von Nati Rom.



Dr. med. Daniel Beutler-Hohenberger

Der jüdische Anwalt und Siedlungspionier Nati Rom spricht in Thun und Brugg über das Leben im biblischen Kernland. Er informiert aus erster Hand über sein Engagement als Anwalt für religiöse Juden, die wegen Gebeten auf dem Tempelplatz verhaftet wurden, und über das Engagement gegen die weltweite Boykottbewegung BDS (Boykott-Desinvestition-Sanktionen), welche den jüdischen Siedlerfamilien in Judäa und Samaria das Existenzrecht abspricht.

Zwischen Naivität und Prophetie

Per WhatsApp gibt's den wöchentlichen Schabbat-Gruss. Daneben erreichen uns aber auch Bilder von brennenden Feldern und zerstörten Pflanzungen. Die palästinensischen Nachbarn machen den jüdischen Siedlerfamilien das Leben so schwer wie nur möglich. Dieses Jahr haben Attacken mit Brandstiftung durch brennende Drachen eine neue Dimension erreicht. Eine besondere Dreistigkeit besteht darin, jüdische Pflanzungen zu zerstören und ausländischen Medien gegenüber darzustellen, es handle sich um palästinensisches Anbaugelände. Bei solchen Aktionen immer wieder mit von der Partie: an Naivität kaum zu überbietende Friedensaktivisten verschiedenster «christlicher» Denominationen ...

An beide Seiten: kritische Fragen

Der Referent stellt kritische Fragen – etwa über die Millionen von Spenden- und Steuergeldern, die aus der Schweiz in die Palästinensergebiete sowie an humanitäre Organisationen fließen und direkt oder indirekt zu antiisraelischen Zwecken missbraucht werden. Aber auch er wird sich kritischen Fragen stellen müssen – etwa zu den Attacken orthodoxer Juden gegen die messianisch-jüdische Bewegung und die Tatsache, dass sich schätzungsweise 90 Prozent der Unterstützer Israels zum evangelikal-freikirchlichen Lager zählen. Damit steht schon jetzt fest: Für Spannung wird gesorgt sein. •

Vorträge in Brugg und Thun: weitersagen, teilnehmen!

Sonntag, 7. Oktober, 16 Uhr, Pflegezentrum Süssbach, Fröhlichstrasse 9, Brugg

Montag, 8. Oktober, 19.30 Uhr, Hotel Freienhof, Thun

Vortrag des Anwalts, Siedlers und Gründers von Lev HaOlam – Produkte aus dem jüdischen Kernland («Products made with love in Judea and Samaria»)

Gibt es Alternativen zu Merkel?



Der Schein trügt: Deutschland verliert den inneren Zusammenhalt immer mehr. Das Vertrauen in Regierung, Verwaltung und Gerichte schwindet zunehmend.

Die AfD (Alternative für Deutschland) ist umstritten – und findet doch immer mehr Rückhalt in der deutschen Bevölkerung. Der Vorwurf des Rechtsextremismus wird der Situation kaum gerecht. Selbst überzeugte Christen engagieren sich in der AfD.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kt. St. Gallen

In seinem Votum vom 21. März legte AfD-Fraktionschef Alexander Gauland im deutschen Bundestag die Ursachen für die Unzufriedenheit der Deutschen offen. Er fragte, für wen Angela Merkel Politik mache. 50 Milliarden Euro würden jährlich für Flüchtlinge aufgewendet, etwa für grosszügige Unterbringungen und Sozialleistungen. Gleichzeitig gebe es immer mehr obdachlose Deutsche, Rentner würden verarmen und müssten sich an Lebensmitteltafeln verpflegen. Der eigentliche Kritikpunkt ist die grenzenlose Zuwanderung in ein zunehmend überaltertes Deutschland. Das Oberlandesgericht Koblenz hielt am 14.2.2017 in einem Urteil fest: «Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit 1 ½ Jahren ausser Kraft gesetzt, und die illegale Einreise in die Bundesrepublik wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.»

Vorurteile und Unterstellungen

Leider scheinen die Leitmedien wie die Politik alles zu tun, um die wahren Probleme zu verkennen. Nach der Ermordung eines Deutschen in Chemnitz durch zwei vorbestrafte Migranten und dem Tod eines 22-jährigen Deutschen in Köthen nach Fusstritten durch zwei Afghanen werden lieber «Hetzjagden gewaltbereiter Neonazis» thematisiert, die gar keine waren, wie eine

Regierungssprecherin klarstellte – statt die hohe Kriminalitätsrate unter Flüchtlingen. Demgegenüber wird die AfD laufend als Gefahr für Deutschland dargestellt. Andere Parteien wollen mit ihr nicht zusammenarbeiten. Beispielhaft für die Voreingenommenheit ist ein Vorstoss des AfD-Kreistagsabgeordneten Klaus Sydow in Wetzlar. Dieser beantragte letztes Jahr Blühwiesen gegen das massenhafte Insektensterben im Lahn-Dill-Kreis. Die CDU-Fraktion meinte dazu, «es blühe genug». Und die Grünen befanden: «Ein grüner Plan, aber wir lehnen ihn ab.»

Gegen das «Laisser-faire»

Bemerkenswert ist, dass katholische, evangelische und freikirchliche Christen politisch in der Bundesvereinigung ChrAfD aktiv sind. Mitglied kann werden, wer sich als Mitglied der AfD zum apostolischen, christlichen Glauben bekennt und die Grundsatzerklärung der ChrAfD unterzeichnet. Ihr Einsatz richtet sich auch gegen das Zeitgeist-geprägte, unbiblische «Laisser-faire» der aktuellen Mitte-Links-Koalition. Die Forderung nach einem Rücktritt der ersten deutschen Bundeskanzlerin wird zunehmend von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern geteilt. Doch wer/was kommt danach? •



«... nach Adam Riese»

Ruedi Ritschard, a. Poststellenleiter

Wir treiben uns gegenseitig an, mein Schwiegersohn und ich, rennen vor und zurück, springen hoch und renken uns fast die Arme aus. Der Atem geht schwer, die Augen flimmern. Und plötzlich ein kleines «Tägg», das unsere Träume jäh zerstört: Der Federball fällt bei Schlag 360 fast zu Boden. Ein letzter Hechtsprung, Punkt 361 gerettet. Und dank Andys finalem Einsatz zählen wir 362 Punkte. Rekord! Wir klatschen uns ab, geniessen einen Drink und nehmen uns vor, das Ergebnis zu toppen. Mal sehen...

Zwei und zwei sind vier, «nach Adam Riese.» Warum diese Redewendung? Herr Riese lebte vor etwa 500 Jahren und konnte rechnen wie niemand sonst damals. Er ersetzte die römische Zahlschrift durch die heutigen (arabischen) Ziffern und machte die Kunst der Mathematik dem einfachen Volk zugänglich. Auch den Kindern in der Schule... Er wird auch als «Vater des modernen Rechnens» bezeichnet. «Nach Adam Riese» bedeutet also: Das Ergebnis stimmt, ich habe richtig gerechnet.

Zahlen... 362 m lang (vergleiche unsere Federballpunkte...), 66 m breit, 71 m hoch, 16 Decks, 6360 Passagiere, 2100 Angestellte, 23 Pools, 120 000 Tonnen schwer, über 1 Milliarde Euro teuer: Die «**Harmony of the Seas**» ist ein schwimmender Freizeitempel und das grösste Kreuzfahrtschiff der Welt. Hut ab vor denen, welche einen solchen Koloss berechnen können.

Vor ein paar Wochen besuchte ich die Meyer-Werft in Papenburg. Hier entsteht das grösste bisher in Deutschland gebaute Kreuzfahrtschiff. Die «**AIDAnova**» ist 337 Meter lang, hat 2500 Kabinen (ca. 5000 Passagiere), 20 Decks, 16 Restaurants und 17 Bars. Wetten, Adam Riese hätte diesen Riesen der Ozeane auch ohne Computer richtig berechnet?

Immer weiter, schneller, höher, grösser. Wir kennen keine Grenzen. Nicht einmal beim Federballspiel... Rekordwahnsinn wohin? Ich wünsche diesen Schiffen «Leinen los und gute Fahrt». Und auch Ihnen immer «eine Handbreit Wasser unter dem Kiel» auf Ihrer Fahrt durchs Leben – und Gottes Segen. Und noch das: Mir reicht eine Fahrt mit dem **Raddampfer «Lötschberg»** auf dem Brienzersee – was für ein Genuss! •

Neues Angebot

Thomas Feuz

Herr Müller, worin besteht das Engagement von «Schwanger-Hilfe.ch» (siehe Beilage)? Wo sind Sie präsent?

Pirmin Müller: Wenn eine Frau ungewollt schwanger ist, geht sie selten zum Arzt oder konsultiert das Telefonbuch; sie recherchiert zuerst im Internet. Bei «Schwanger-Hilfe.ch» bekommen Betroffene schnell und unkompliziert den gewünschten Rat und Unterstützung. Auf Wunsch oder bei besonders schwierigen Fällen stehen unsere Beraterinnen für Gespräche zur Verfügung, aktuell in den Regionen Ostschweiz und Zürich. Weitere regionale Stützpunkte sind geplant.

Was unterscheidet Sie von anderen?

1. Uns ist Transparenz sehr wichtig. Wir publizieren deshalb nicht nur die Anzahl von Beratungen, sondern legen offen, wie sich die beratenen Personen entschieden haben. Spender und Interessierte können so sehen, wie viele Frauen sich für oder gegen ihr Kind entschieden haben.
2. Wir üben keinen Druck auf die Schwangeren aus. Unsere professionellen Beraterinnen haben ein Herz für Schwangere in Not. Das ermöglicht eine echte Wahlfreiheit. Unsere Erfahrung: Wenn die dem Schwangerschaftskonflikt zugrunde liegenden Probleme gelöst werden, entscheidet sich die grosse Mehrheit der Frauen für ihr Kind.
3. Wir engagieren uns ausschliesslich in der Beratung und betreiben keine Politik.

Wie kann man Ihr Werk am besten unterstützen?

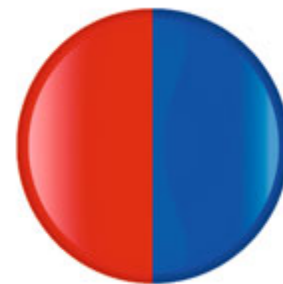
Wir beraten lebensbejahend und erhalten deswegen keine Mittel vom Staat. Umso wichtiger sind grossherzige Menschen, die mit ihrer Spende unsere Beratung und Hilfe für Schwangere in Not ermöglichen. Jeder Spenderfranken zählt! Spenden sind in der ganzen Schweiz bei den Steuern abzugsfähig. •



Zur Person:

Pirmin Müller (40)
verheiratet, eine Tochter
Beruf: Geschäftsführer
Funktion Schwanger-Hilfe.ch:
Öffentlichkeitsbeauftragter
Wohnort: Luzern
➔ www.Schwanger-Hilfe.ch

No al Corano gratis



È pericolosa la distribuzione gratuita del Corano?

Fiorenzo Milani, membro UDF Ticino

Ci sono motivi per impedirlo? Qualcuno ha scritto che non si possono trarre conclusioni sulla base di alcuni «versetti incendiari». È giusto, com'è altrettanto vero che non si può formulare un parere equilibrato senza cercare di andare un po' più a fondo in questo argomento complesso e capirne anche le motivazioni e gli obiettivi.

In poche righe è impossibile approfondire, ma alcuni spunti possono aiutare. È noto che l'Islam suddivide il mondo in due aree, quella sottomessa e quella ancora da sottomettere. Infatti l'obiettivo dell'Islam è di sottomettere a sé stesso il mondo ad ogni costo. Dunque nell'area da sottomettere l'approccio islamico è

basato sulle Sure del Corano relative al tempo prima che Maometto fuggisse a Medina, e sono in generale pacifiche. Quando la presenza islamica in un paese comincia ad essere importante, allora si passa all'applicazione delle altre Sure, contenenti versetti che inneggiano all'uccisione delle Genti del Libro (Cristiani e Ebrei) rispettivamente degli occidentali, sulla base dell'accostamento Occidente = Cristianesimo, per arrivare ad imporre la legge islamica.

Cosa sta cambiando?

In anni recenti assistiamo anche al cosiddetto ritorno alla purezza, il Salafismo, che sta trasformando le

Moschee di tutto il mondo in luoghi di predicazione dell'odio contro l'Occidente, oltre che in arsenali, ma anche contro quei Musulmani, considerati infedeli, perché non praticanti (è capitato anche in Svizzera). Il libro di Stefano Piazza e Osvaldo Migotto «Allarme Europa» fa una radiografia inquietante della situazione in Europa. Ci sono luoghi così fortemente ghettizzati e controllati da musulmani frustrati e violenti in cui nemmeno la Posta consegna le lettere, né la Polizia osa più entrare, per paura. Da anni in Europa sono ormai tristemente diventati cronaca costante gli attacchi terroristici, per la maggior parte perpetrati da musulmani. Poi ci sono av-

venimenti che non fanno cronaca ma che si aggiungono alla lista come il fatto che uomini musulmani facciano ronde notturne per importunare e violentare donne quale ritorsione contro il governo di quel Paese che non accetta l'applicazione della Sharia. Tornando alla distribuzione del Corano, esso, come qualsiasi libro, si può trovare facilmente nelle librerie e da una parte è utile leggerlo per rendersi conto di cosa contiene. Ma la distribuzione gratuita per le strade nel contesto attuale costituisce un potenziale contributo all'istigazione alla violenza e quindi un potenziale pericolo per la nostra sicurezza nazionale.

«Die Entwicklung des Umfelds mitprägen»

Warum sind Sie bei der EDU?



«Ich wurde von einem Bekannten angefragt, ob ich mir eine Mitgliedschaft in der EDU vorstellen könnte. Nach kurzer Überlegung sagte ich zu. Natürlich: Eine kleine Partei hat es oft schwer, wahrgenommen zu werden. Umso mehr freue ich mich, dass sich die EDU so klar zum christlichen Glauben bekennt. Bei Diskussionen habe ich öfters erlebt, dass sich das Gespräch bei der Nennung des Parteinamens sehr bald um den Glauben an Jesus Christus dreht. Das ist äusserst interessant, aber auch herausfordernd.

Ich habe den Eindruck, dass viele Christen ihr Stimm- und Wahlrecht zu wenig wahrnehmen. Ist dies nicht sogar eine Bürgerpflicht?

Darum engagiere ich mich für und in der EDU. Ich möchte weitere Frauen und Männer motivieren, sich einzusetzen und so die Entwicklung ihres Wohnorts, ihres Kantons und des Landes mitzuprägen. Das ist sinnvoller und effizienter, als sich über Fehlentscheide zu ärgern und die Faust im Sack zu machen. Darum: Macht mit und beteiligt euch aktiv am öffentlichen Leben und in der Politik!»

Hansjürg Gobeli (32)

ledig, Gemeinderat, St. Stephan BE

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Medjoul-Datteln aus Israel, neue Ernte, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Kontakt: 079 607 12 07

SUCHEN IMMOBILIEN

Nähe Luzern, 7,5-Zi.- (lieber 1–2 Zi. mehr) Bauernhaus oder Haus mit viel Holz für Familie gesucht. Kann auch bis zu 8–9 km ausserhalb der Stadt Luzern sein (Wesemlin-Quartier, Maihof-Quartier, Ebikon, Udligenswil usw.). K: stefanie@villa-kinderbunt.com

VERMIETEN

Ab Januar 2019: grossräumige, helle 3,5-Zi.-Wohnung in Bauernhaus in Ringoldswil. K: H. u. R. Sauser, 033 243 15 45

2,5-Zi.-Wohnung in 2-Familienhaus in Steffisburg, separater Eingang, auf 1. Dezember o.n.V. Miete inkl. NK CHF 850.–. K: 079 360 31 53

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Stimmungsvolle Herbstwanderungen in einzigartiger Bergwelt, familiäres Skigebiet mit zwei Skiliften, Langlaufloipen und Winterwanderwegen; beliebtes Skitourengebiet. Dez.–März: CHF 480.–/W., April–Nov.: CHF 380.–/W. K: 071 642 15 19

OFFENE STELLEN

Wir suchen gelernten Landschaftsgärtner mit Berufserfahrung in vielseitigen Kleinbetrieb, vorwiegend Gartenunterhalt, Region Bern. Sie bringen viel Freude am Beruf mit, arbeiten gerne in einem kleinen Team, sind verantwortungsbewusst, belastbar und beknennender Christ. Arbeitsbeginn Herbst 2018/Anfang 2019 oder n. Vereinbarung. K: 079 354 33 23

VERSCHENKEN

Neue Broschüre: **«KESB – Schütze sich, wer kann.»** Machenschaften der sogenannten «Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde», Vorsorgeauftrag usw. Bestellungen (mit Vermerk «EDU-Marktplatz») an: basileuo, Lörenstrasse 46, 9230 Flawil

Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: «Was wird nach dem Tod sein?» Bestens geeignet zum Weiterschicken an alle, die noch nicht errettet und noch keine Gotteskinder sind! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. K: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

PC/Drucker-Probleme? PC- und Drucker-Support für zuhause. Lösung PC-Probleme (Aufsetzen, Einrichten) und Drucker. Flexible Arbeitszeiten, tiefe Anfahrtkosten und Stundenansatz (CHF 70.–). Fähigkeitzeugnis Informatiker EFZ. K: M. Neuenschwander, 078 835 68 08

Institut für Gesundheitsförderung – Praxis-Seminare: 25.10., 10–17 h: Rohkost – Gottes Geheimtipp; 26.10., 15–20.15 h: Schnelle & gesunde Küche; 1.11., 10–17 h: Rheuma erfolgreich natürlich behandeln 8.11. 14–18.45 h: Ätherische Öle: Grippe, Erkältungen, Husten, Infekte; 16.11. 14–18.45 h: Ätherische Öle: Naturkosmetik selber herstellen. K: www.infovita.ch, 062 961 89 48

www.predigten4you.ch – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 2. Montag im Monat, Beginn 19.15–19.30 h, Schluss 21 h., im «be blessed plus», Rathausgasse 8: EDU-Gebet. K: 079 541 38 51

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30 h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9–10 h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30–19 h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

8.10. Thun: 19.30 h, Hotel Freienhof: «Siedlungspionier, Jude, Rechtsanwalt» – Nati Rom, Mitbegründer der Siedlerorganisation Lev HaOlam, spricht über aktuelle Themen aus dem biblischen Kernland Judäa und Samaria. Veranstaltung der EDU Stadt Thun. K: www.edu-thun.ch

8./22.10. Bülach: 20 h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

21.10. Herisau: 17 h, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

25.10. Schaffhausen: 20 h, im grossen Saal des Restaurants «Altes Schützenhaus»: MV der EDU Kanton Schaffhausen. Gäste sind

jederzeit herzlich willkommen. K: www.edu-sh.ch

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

1.–3.10. Weiterbildung «Erlebnispädagogik»
3.–4.10. Weiterbildung «Seelsorge #2» mit Frank Born
26.10.–2.11. Weiterbildung «Pädagogik und Pädagogische Psychologie» mit Stephan Oppliger
K: 033 841 80 00, gaestehaus.ch

Credo Schloss Unspunnen Wilderswil

13.–20.10. Single-Urlaubswoche
26.10.–2.11. AsB Seelsorge Basiskurs
K: 033 822 32 06, www.credo.ch

Ländli Oberägeri

15.10. Oasentag «Lebensernte unter Gottes guten Augen»
22.–26.10. Andachtswoche «Ich habe dich je und je geliebt»
K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Gemeinde für Christus

19.–21.10. «FutureMakers» – Erziehungseminar für Eltern von Babys bis Teens
9.–11.11. Seelsorge-Seminar
K: Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, 3671 Herbligen, K: 031 770 71 71, www.freizeithaus.gfc.ch
2.–4.11. Frutigenkonferenz «Ermüdigung»; K: frutigenkonferenz.gfc.ch

Special Event mit Birgit Kelle by Mom's Coffee

22.10. 19 h: Willkommensapéro, Christliches Zentrum Buchegg, 19.45 h: Beginn Referat «Griff nach unserer Identität», mit Birgit Kelle. Anmeldung erwünscht: birgitkelle.eventbrite.com. Eintritt frei. Freiwilliger Unkostenbeitrag.

Zukunft CH

Vortragstournee mit Familienfachfrau und Preisträgerin Regula Lehmann: «Stark durch Bindung und Präsenz», jeweils 19.30 h, Eintritt frei, Kollekte
24.10. Wettingen, Freie Evangelische Gemeinde, Chrüzpunkt, Landstrasse 170
25.10. Wetzikon, Pfarreizentrum Heilig Geist, Langfurrenstrasse 10
30.10. Regensdorf, Katholische Pfarrei St. Mauritius, Schulstrasse 112
1.11. Thun, Pfingstgemeinde Thun, Frutigenstrasse 45, in Zusammenarbeit mit der EDU Thun
13.11. St. Gallen, Freie Evangelische Gemeinde Goldbrunnen, Goldbrunnenstrasse 44
K: 052 268 65 00, info@zukunft.ch, www.zukunft.ch

Action Biblique Bern/FEG Bern

27.10. 9–12 h, Kapelle im Siloah-

Areal, Worbstrasse 328, Gümligen: Seminar «Biblische Seelsorge an Kranken, Sterbenden und Trauernden» mit Prof. Dr. Armin Mauerhofer. Teilnahme kostenlos, Anmeldung erwünscht. K: 031 515 62 64, www.ab-bern.ch/kontakt

Bibelkollegium

Herzliche Einladung zu den Vorträgen: Der Hebräerbrief mit Bezug auf Altes Testament und Judentum: «Jesus ist grösser als alle». Jeweils montags 9.30–11.30 h
29.10.; 5./12./19./26.11.; 3.12., CEVI-Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich. Kosten CHF 40.–. Anmeldung: 044 213 20 57, christa.wiedemeier@cevizuerich.ch

Verein Ha'Tikva/FEG Liestal/UNICA

29.10. 19.30 h, UNICA-Schule, Sigmundstrasse 1, Liestal: Vortrag «Israelboykott – Hintergründe und Absichten von BDS & Co.»

Konzerte des Musikkorps, Frauenchors und Gesamtchors der Heilsarmee Zürich Zentral

3.11. 17 h, Ref. Kirche Obfelden
10.11. 17 h, Ref. Kirche Neftenbach
11.11. 15.30 h, Kirche St. Peter, Zürich

Schweizerischer Bund aktiver Protestanten (CHBAP)

3.11. 10–12 h, u. 14–16 h, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern: Reformationstagung 2018 «Die Verführung in der Endzeit» und «Der Glaubenskampf und die Treue zu Gottes Wort» mit Prof. Dr. theol. Roger Liebi. K: 031 381 55 56, www.chbap.ch

STH Basel

3.11. 9.30–16.30 h, Studientag «Ehe: Biblische Grundlage in gesellschaftlicher Herausforderung»
K: www.sthbasel.ch

Freie Evangelische Gemeinde Uznach

10.11. 9–16.30 h, Seminarcenter Treffpunkt, Etselstrasse 5, Uznach: Bibelstudientag «Der Römerbrief – das Evangelium Gottes» mit Benedikt Peters. Cafépausen mit Gebäck, Suppen-z'Mittag. Freiwilliger Unkostenbeitrag. K: www.seminarcenter-treffpunkt.com

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt» 11/2018 wird am 22. Oktober versandt. Redaktionsschluss: 5. Oktober, Druck: 18. Oktober 2018

Impressum

HERAUSGEBER/REDAKTION

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

**ADMINISTRATION UND
 ADRESSMUTATIONEN**

033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)
 031 818 01 42
 inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ (SEITE 18)

033 222 37 06
 marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
 Arthur Gasser
 Roland Haldimann
 Lisa Leisi
 Martin Lex
 Hans Moser
 Markus Reichenbach
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: Harold Salzmann
 4, 5: Harold Salzmann, Thomas Feuz
 6, 11: istock.com
 7, 8, 12, 15: pixabay.com
 10: kesb-initiative.ch
 13: iconfinder/BomSymbols
 16: Harold Salzmann
 Kopfbilder, 2, 9, 13, 14: zvg

Erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 23 800 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

PROBEABONNEMENT

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

JAHRESABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MwSt.)

FERIEN & SEMINARE
 www.cvjm-zentrum.ch

PROSPERITA
 Die christlich-ethische
 Pensionskasse
 www.prosperita.ch

baumann
elektro
 jung, dynamisch und motiviert
 baumannelektro.ch | 031 721 62 27

MAF
 Flying for Life
 maf-swiss.org

Huwa
 100 Jahre
 www.huwa.ch

HINE ADON
HOTEL
 APARTHOTEL
 HINEADON.COM

RE/MAX
 Immobilienmakler
Nathanael Regez
 Tel. 079 215 57 27
 n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

SPITALSCHIFFE
 FÜR DIE ÄRMSTEN
 Sie können
 helfen!
 www.mercyships.ch

E. + W. BERTSCHI
 AG
 5728 Gontenschwil 062-773 12 40
 Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.
RS Hilfsmittel Heimberg
 www.rs-hilfsmittel.ch

«... was sie sagen muss»

«Die Kanzlerin Merkel (...) verurteilte die Ausschreitungen (...) in Chemnitz. (...) Sie könne es verstehen, wenn es die Menschen aufwühle, dass in Chemnitz ein Ausreisepflichtiger unter den Tatverdächtigen sei. In diesem Bereich müssten «Missstände» behoben werden. Daran arbeite die Regierung «mit aller Entschiedenheit». Sie sagt, was sie sagen muss.»

Ulf Poschardt, Chefredaktor «Die Welt»





GUTSCHEIN: Eintritt im Wert von CHF 12.-
 kyEDU0818-01 / Gültig bis 30.08.2019 für eine Person

**kybun⁺
world**

AUSFLUGSTIPP

Sie suchen eine unvergessliche Location für Ihren Event, Seminar oder Tagung?

Testen Sie an Ihrem nächsten Event den «gesündesten Arbeitsplatz der Welt» und erleben Sie die kybun Erlebnisproduktion auf rund 9'000 m² in Sennwald.

kybun-world.com

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
 fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
 Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Schaukarderei

Huttwil

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch

062 962 11 52



VERTRAUEN

«Tue Gutes und verzage nicht!»

LIO-Fest

Samstag 20. Oktober in Winterthur
 Sonntag 21. Oktober in Bern

lio.ch

licht im **O**sten

Aktion Weihnachtspäckli

Machen Sie mit!

Sammelschluss: 24. November 2018

Auf weihnachtspackli.ch finden Sie rund 500 Sammelstellen in der ganzen Schweiz, wo Sie Ihre Weihnachtspäckli abgeben können.

Päckli für Erwachsene

1 kg Mehl, 1 kg Reis, 1 kg Zucker,
 1 kg Teigwaren, Schokolade, Biskuits,
 Kaffee (gemahlen od. instant), Tee, Zahnpasta,
 Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife
 (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel
 mit Scotch verklebt), Schreibpapier,
 Kugelschreiber, evtl. Ansichtskarten,
 Kerzen, Streichhölzer, Schnur, Socken,
 Mütze, Handschuhe, Schal

Päckli für Kinder

Schokolade, Biskuits, Süßigkeiten
 (Bonbons, Gummibärchen etc.), Zahnpasta,
 Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife
 (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit
 Scotch verklebt), 2 Notizhefte oder -blöcke,
 Kugelschreiber, Bleistift, Gummi, Mal- oder
 Filzstifte, 2-3 Spielzeuge wie Puzzle, Ball,
 Seifenblasen, Stofftier, Spielauto etc.
 Evtl. Socken, Mütze, Handschuhe, Schal

Bitte packen Sie alle aufgelisteten Produkte in die Päckli! Nur so kommen die Päckli ohne Probleme durch den Zoll und können einfach und gerecht verteilt werden.

In Zusammenarbeit mit

AVC
avc-ch.org

ostmission
ostmission.ch

HMK
hmk-aem.ch

licht im **O**sten
lio.ch

PC 30-222249-0 | IBAN CH74 0900 0000 3022 2249 0

